

Unterausschuss Zivile Krisenprävention am 13.12.2010 Antworten zum Fragenkatalog

Teil 1: Fragen von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Teil 2: Fragen von Die Linke

Teil 3: Fragen von CDU/CSU

Teil 1: Fragen von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Fragen mit internationalem Fokus:

Worin liegen Ihrer Meinung/Erfahrung nach die Haupthindernisse für die Umsetzung der Inhalte der UN-Resolution 1325 (und den folgenden 1820, 1882, 1888)?

Mit eindeutigem politischem Willen könnte hier viel mehr erreicht werden - und zwar insbesondere auf deutscher Ebene. Die Bundesregierung könnte und sollte sich ein Beispiel nehmen an anderen europäischen Ländern, z.B. den Niederlanden u. Skandinavischen Ländern. Nur indem sie hier endlich an die konkrete Umsetzung der Resolution, allem voran der Erstellung eines nationalen Aktionsplanes geht, kann sie ihre Pflichten auf EU-Ebene und auf UN-Ebene erfüllen.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland nun temporär im UN-Sicherheitsrat vertreten ist, hat die Bundesregierung hier eine besondere Aufgabe. Die internationalen und europäischen Erwartungen an die Bundesregierung, konkrete und verbindliche Leistungen zur UN-Resolution 1325 zu erbringen, sind hoch.

Welche Erwartungen haben Sie an die neue VN-Einheit für Geschlechtergerechtigkeit UNWomen? Welche Vorteile/Risiken liegen in dem Zusammenschluss von DAW, OSAGI, INSTRAW und UNIFEM?

Vorteile:

- Die neue UN-Frauenabteilung bietet Chancen, frauenpolitische Kräfte zu bündeln. Sie ist am Dialog mit der Zivilgesellschaft interessiert. Allerdings braucht sie mehr Geld (die Aktivistinnen der GEAR-Kampagne halten das jährliche Budget von 500.000 Millionen US-Dollar für zu gering, um effektiv zu arbeiten) Denn damit werden nur Personalkosten bestritten, für Länderprogramme ist UN WOMEN auf freiwillige Beitragszahlungen der Mitgliedsländer angewiesen.
- Wichtig zu berücksichtigen ist auch, wer UN-Women finanziert u. leitet u. wie viel diplomatische Fähigkeiten und frauenpolitisches Bewusstsein die Führungskräfte und Geldgeber haben.
- UN-Women kann auf positive Erfahrungen z.B. von UNIFEM in Nachkriegsgesellschaften aufbauen (auch in Kooperation mit lokaler Frauenorganisationen). UN-Women will die UN Res. 1325 und andere Resolutionen wirklich umsetzen!
- Problem: Personalmacht und Finanzmacht einzelner Länder, u.a. Saudi Arabien u. Iran.

Es besteht das Risiko, dass alle Gender-Themen an UN-WOMEN abgeschoben werden, dass sich andere UN-Organisationen ihrer Verantwortung für Gender-Themen und für Gender-Mainstreaming in der UN entziehen.

Wie bewerten Sie den Indikatorenkatalog des UN-Generalsekretärs zur Umsetzung von Res. 1325, den er am 6.4.2010 vorgelegt hat (Dok. S/2010/173)?

Sehr Positiv, dass es einen thematische Rahmen zu Prävention, Partizipation, Schutz, Hilfe gibt, dass umfassende Ziele und wichtige Themenbereiche berücksichtigt sind, die endlich mittels Indikatoren spezifisch, messbar, zeitlich gebunden, relevant, gender-sensibel, qualitativ und quantitativ sein soll. Die Indikatoren sind wichtig, damit die UN-Organisationen u. nationale Regierungen ihre Rechenschaftspflichten erfüllen. Sie helfen, die Resolution handhabbar zu implementieren und die Implementierungen z.B. von Programmen zur Verwirklichung der Resolution zu monitoren. Problematisch sind die Datensammlung und die Aussagekraft von Statistiken, vor allem in Nachkriegsgesellschaften, deren Infrastruktur zerstört ist. Zur effektiven Implementierung der Indikatoren müssen innerhalb der UN-Institutionen, bei UN-Friedensmissionen, auf der Ebene der Regionalorganisationen und der nationalen Regierungen klare Umsetzungsrichtlinien und Monitoring- u. Evaluierungskriterien entwickelt werden

Besonders hervorzuheben sind:

1. Die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft, vor allem der Frauen-NGOs (insbesondere Ind. 13)
2. die Aufarbeitung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Verbrechen, die ausdrücklich als Menschenrechtsverletzungen benannt werden).
3. Mehr Geld u.a. von nationalen Regierungen wird für diese Arbeit verlangt (s. Ind. 24)
4. Mehr Direktiven und bessere Gender-Ausbildung der Peacekeeper (Ind. 5), um endlich deren sexualisierten Übergriffe zu verhindern und zu bestrafen (Ind. 4). Gbv in early warning einbeziehen und als Menschenrechtsverletzungen verurteilen (Ind. 6)
5. unterstreicht die große friedenspolitische Bedeutung von gbv. Insgesamt GBV Fälle erfassen und verfolgen (Ind. 1-3)
6. Frauen als aktiv Mitwirkende in Friedensverhandlungen, in politischen Entscheidungsprozessen, in DDR-Prozessen und bei SSR-Prozessen stärken (Ind. 8, 11 u. 12).
7. unabhängige Frauenorganisationen in alle Phasen aktiv einzubeziehen, nicht nur weibliche Repräsentantinnen von Konfliktparteien (die vertreten nicht unbedingt Fraueninteressen, sondern sind gegenüber ihren Warlords oder Armeechefs, ihren männlichen Anführern loyal, zB Sierra Leone, Sudan).
8. Gender-Expertise innerhalb der UN verbessern (Ind. 10), auch in ranghohen Positionen (Ind. 9), was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, Vorbildfunktion der UN. Gender-Expertise sollte sich nicht auf die neue UN-Women Institution beschränken, sondern Frauen sollten stärker in ranghohen Positionen innerhalb der UN vertreten sein.
9. Strategische Planungen in Nachkriegsgesellschaften: Frauen werden vor allem als Opfer betrachtet, nicht als politische Akteurinnen mit dem Recht auf Partizipation u. Entscheidungsmacht über politische Programmprioritäten u. Inhalte (Ind. 22). Wichtig wäre es, mehr Frauen-NGOs an politischen Planungen und Needs Assessments zu beteiligen – und zwar in allen Phasen!
10. Reduzierung der Kleinwaffen (Ind. 17) wichtig (denn dadurch hohe Zahl an Ermordungen vieler Frauen in Nachkriegsgesellschaften durch ihre Partnern oder Dritte)

11. Wirtschaftliche Situation von Frauen verbessern (Ind. 16), wichtig, um ökonomische Abhängigkeit der Frauen von (oft gewaltbereiten) Männern zu reduzieren
12. Wirtschaftliche, physische und psychische Sicherheit von Frauen und Mädchen verbessern (Ind. 14.) (wichtig: die Kombination dieser Ebenen u. die Beachtung der Mädchen) – Schutz als Verwirklichung von Menschenrechten betrachtet!
13. Training von Juristen u. Richtern (Ind. 20) ist sehr wichtig, um sekundäre Viktimisierung und Retraumatisierungen zu vermeiden und Straflosigkeit von Vergewaltigern zu beenden; Zeuginnenschutz (Ind. 20) ist ebenfalls sehr wichtig (Anteil von Frauen in Militär u. Polizei erhöhen, das verlangt der Ind. 16, aber er verlangt nicht die Zahl der Richterinnen zu erhöhen)
14. Rechtsreformen der nationalen Rechtsprechung (Erbrecht, Ehe/Familienrecht, Gewaltschutzgesetze), (Ind. 15) ganz wichtig, um Frauen Rechtssicherheiten zu verschaffen im Zugang zu Land, in der Sicherheit ihres Wohnraums, bei der Verhinderung von Zwangsverheiratungen
15. Überwindung der Müttersterblichkeit u. Verbesserung des Bildungszugangs für Frauen u. Mädchen gelten als Indikatoren (Ind. 21), das begrüßen wir!

medica mondiale fordert zusammen mit der NGO Working Group on Women Peace and Security die starke Beteiligung lokaler Frauenorganisationen an der Implementierung und an Programmen. Zudem fordert sie umfassende und konkrete Verbesserung der Aktivitäten der UN u. aller relevanter Organisationen gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen und klare Schritte gegen die Straflosigkeit von sexualisierter Kriegsgewalt. Schließlich gilt sexualisierte Kriegsgewalt als Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Die Überwindung der Gewalt soll integraler Bestandteil von Konzepten, Projekten und Programmen sein. Diese sollten insgesamt auch auf die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsprozessen zu Frieden und Sicherheit auf allen Entscheidungsebenen abzielen. Der UN-Sicherheitsrat soll eine Führungsrolle zur umfassenden und systematischen Umsetzung der Resolution 1325 übernehmen und auch dafür sorgen, dass die Expertise zu women, peace and security in der neuen UN-Women Institution etabliert wird. <http://www.womenpeacesecurity.org/>

**Hat sich die Null-Toleranz Politik der UN in den Friedensmissionen bemerkbar gemacht?
Sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in UN-Friedensmissionen in Genderfragen jetzt dank Trainings besser auf die Arbeit vorbereitet? Wo besteht noch welcher Verbesserungsbedarf?**

Positiv ist, dass sexualisierte Übergriffe personelle und strafrechtliche Konsequenzen haben, sie gelten offiziell nicht mehr als Bagatellen (sondern indirekt als latente Friedensbedrohung, UN-Blauhelmsoldaten als Teil des „Problems“ erkannt, dabei sollen sie doch „Teil der Lösung“ sein. ABER: oft gibt es keine Strafverfolgung in den Herkunftsländern, wo Fälle versickern, weder die UN (DPKO) noch die Gewaltopfer u. Gesellschaften in Nachkriegsländern erfahren, was aus Tätern wird (für sie bleiben die Vorgehensweisen u. Verfahren gegen die Täter - falls es Strafprozesse in Pakistan oder Usbekistan etc. gibt - intransparent, willkürlich und ohne Gerechtigkeit).

Gender-Trainings – sind noch immer unliebsame Pflichtübungen, die man gern boykottiert oder über sich ergehen lässt. (Meist kein Lerneffekt nach nur wenigen Stunden Training, kein Follow up.) Zudem sind Trainerinnen und Gender-Expertinnen oft jung, unerfahren, rangniedrig. Ihre Chefs messen Gender keine Bedeutung bei. In Gender-Trainings spielt Maskulinitätstraining keine Rolle. Männlichkeit bei Blauhelmeinsätzen u. in der lokalen Bevölkerung sowie im Kontakt mit der lok. Bevölkerung ist kein Thema. Dort besteht erheblicher Verbesserungsbedarf.

Es geht also um „Maskulinitätstraining“ für Soldaten in allen Friedenseinsätzen. Allerdings ist ganz wichtig, dass auch die Führungsebene diese durchlaufen muss, damit wirklich die Problematik der Zusammenhänge von Gewalt gegen Frauen, Kriegs- und Nachkriegskontext und eigenem Verhalten reflektiert wird. Denn nur dann haben wir eine Chance, dass die Führungsebene das schwierige und zumeist ignorierte Thema es zu ihrem macht.

Beispiel Liberia: *medica mondiale* trainiert im Südosten die VertreterInnen der liberianischen Regierung, regionale und lokale Vertreter von UNMIL etc – aber in den diversen Headoffices in Monrovia passiert nichts in diese Richtung. So müssen auch gute Ansätze zwangsweise nur Stückwerk bleiben, von Nachhaltigkeit ganz zu schweigen.

Nulltoleranz-Politik sollte es auch für ziviles Personal und für humanitäre Helfer u. für EZ-Personal in der Praxis geben. Maskulinitätstrainings wäre für sie ebenfalls zwingend notwendig, denn etliche beuten Flüchtlingsfrauen sexuell aus, haben zahlreiche „Freundinnen“, nutzen ihre Macht, ihr Einkommen u. die Problemlage der Frauen/Mädchen aus.

Worin bestehen die größten Hindernisse für einen gendersensiblen Wiederaufbau in Nachkriegsgesellschaften? Welche „best practice“ Beispiele bestehen, um nicht wieder in alte Rollenmuster zurückzufallen?

Größte Hindernisse u. Herausforderungen :

- Militarisierte Männlichkeit überwinden, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen im privaten u. öffentlichen Leben zu reduzieren.
- Macht der Warlords, der Kommandanten, der Kindersoldaten (u. der alten/neuen männlichen Eliten in Militär, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft) überwinden.
- Korruption und Bezuschussung durch internationale Geber wird geduldet; oft haben sie keine Kenntnisse lokaler Gesellschaften u. nat. Politik u. Ökonomie.
- Internationales männlich dominiertes Beraterbusiness mit fertigen Lösungen für Wiederaufbau, vollkommen gender-ignorant.

Best practices: Unabhängige Frauenorganisationen an die Friedentische! (Fallbeispiele mm Partnerinnen).

Hier siehe auch Beispiele von „good practices“: www.visionews.net!

Welche Unterstützungsleistungen andere Länder sind am besten geeignet, Frauen in Konfliktregionen besser zu schützen und auf die Einhaltung ihrer Rechte zu achten?

Skandinavien, Niederlande – Kooperation mit NGOs und mit lokalen Frauenorganisationen, detaillierte Auseinandersetzung mit ihren friedenspolitischen Forderungen. Dies betrifft beispielsweise die Formulierung, das Monitoring und die Evaluierung nationaler Aktionspläne zur UN Res. 1325. Die systematische politische Partizipation auf allen Entscheidungsebenen, das Empowerment und der Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt sollten Dreh- und Angelpunkte sein, das zeigen die Erfahrungen vor Ort.

Welche Struktur in Friedensmissionen hat sich am besten bewährt, um den Genderaspekt vollumfänglich mit zu berücksichtigen und umzusetzen? Welche Erfahrungen gibt es mit dem Gender Office bei UNMIL in Liberia?

Die Struktur einzuführen, reicht definitiv nicht aus, diese muss mit genügend Befugnissen ausgestattet und es müssen effiziente (auf die zu erwartenden Widerstände ausgerichteten)

Prozesse gestaltet werden. Alleine die Tatsache, dass es eine Gender Advisor gibt, ist eben nicht genug, die Position muss mit genügend Macht und finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sein. Es geht um die Durchsetzungskraft nach unten, aber auch um das Mandat, die Themen als crosscutting issue in den anderen UN Departments verankern zu können.

In Liberia ist die Erfahrung, dass es wirklich hervorragende Frauen als Gender Advisor gab, die einiges bewegen konnten. Durch den Einfluss von Joana Foster wurde das DDR Programm deutlicher geschlechtersensibel gestaltet als bei anderen UN-Missionen. Entscheidend war, dass J. Foster den Begriff „women associated with the fighting forces“ verwendet hat und somit die DDR-Programme entsprechend angepasst wurden, was den vielseitigen Rollen von Frauen im Krieg deutlich gerechter wurde (s.S. 6 des Papiers „Zur praktischen Umsetzung der UN-Resolution 1325“). Nichtsdestotrotz haben auch in Liberia nur wenige Frauen am DDR Programm teilgenommen, was partiell auch daran lag, dass das Department der Gender Advisor ressourcentechnisch unterversorgt war und ist, und die Konzepte nicht in voller Konsequenz ausgeführt werden konnten.

Das setzt sich in der – von der UN beratenen – liberianischen Regierung fort: Es gibt durchaus bei der liberianischen Regierung – allen voran der Präsidentin und der Gender-Ministerin – einen Willen, Gewalt gegen Frauen einzudämmen und das Land geschlechtergerechter zu gestalten. So ist das Thema Gerechtigkeit, Kampf gegen Gewalt etc. im Poverty Reduction Plan verankert. Es gibt den Aktionsplan 1325, es gibt einen Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen. Es gab, wenn auch viel zu spät, eine Gender Advisor im TRC Prozess. Dass diese Policies überhaupt entwickelt wurden, dazu hat sicherlich die Gender Advisor der UNMIL einen Großteil dazu beigetragen. Die Implementierung jedoch hapert an zu wenigen Geldern, an zu wenig trainierten Leuten etc.

Und zu den Strukturen gehört, dass es nicht ausreicht, nur Trainings zu machen, die Trainingsinhalte müssen sehr konkret sein, es muss erfahrene AnsprechpartnerInnen geben, und es müssen Kontrollmechanismen eingeführt werden, die auch bis in entfernte Landesteile reichen.

Bestehen Erwartungen (und wenn ja welche) an den neu zu gründenden Europäischen Auswärtigen Dienst, im Hinblick auf eine kohärentere europäische Außenpolitik auch in Fragen der Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820?

Außen-/Sicherheits- und Entwicklungspolitik nicht vermengen und dabei die E-Politik den europäischen Sicherheitsinteressen unterordnen. Sondern vielmehr: Frauen-/Menschenrechtsansatz als Grundlage des Handelns implementieren.

Den 10 Punkte Katalog von EPLQ umsetzen, ihn als Maßstab nehmen für die EU Politik.

1. Partizipation von Frauen in Frieden und Sicherheit verbessern,
2. Minimalstandards zu Women, Peace, Security (WPS) verabschieden,
3. die Zivilgesellschaft einbeziehen bei der Konzeption, der Implementierung u. dem Monitoring von WPS Maßnahmen,
4. Indikatoren und Monitoring Mechanismen entwickeln,
5. Finanzielle und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen,
6. Hochrangige Verantwortliche für WPS ernennen,
7. Sicherstellen, dass die Außenpolitik/die außenpolitischen Dienste der EU WPS beachten,
8. EU-Task zu WPS stärken, damit sie besser koordinieren und implementieren kann,
9. WPS bei EU Friedensmissionen implementieren
10. jährliche Berichte zu WPS

Insgesamt ist dringend Capacity Building zur Stärkung für Frauen in Friedensprozessen geboten! S. z.B. Afghanistan, DRC!

Fragen mit deutschem Fokus:

Wie werden die bisherigen deutschen Aktivitäten bei der Umsetzung der Resolution 1325 bewertet? Welcher Gesamtstrategie folgen sie?

Die Bundesregierung hat nur eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten gefördert, diese waren nicht kohärent oder konzeptionell abgestimmt. Es gibt keine Gesamtstrategie!

Der politische Wille ist nicht erkennbar und es fehlt das grundlegende Verständnis für die große sicherheits- und friedenspolitische Bedeutung des Themenbereichs Frauen-Frieden-Sicherheit. Frauen-Gender-Themen gelten noch immer als unangenehmer Nebenschauplatz. Die Umsetzung der Resolution wird nicht als Chance, sondern als von „oben“, also von der UN verordnete lästige Pflichtübung wahrgenommen. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft, vor allem mit Frauen-NROs wie mm oder dem Frauensicherheitsrat muss systematisiert werden. Diese NGOs sollten als Expertinnen für Frauen, Frieden und Sicherheit gehört werden.

Die Institutionalisierung und Implementierung durch die deutsche Regierung ist bislang weder systematisch, noch koordiniert. Es fehlen realistische Indikatoren, Richtlinien, klare Prioritäten, personelle und finanzielle Ressourcen, verbindliche Verantwortungsbereiche und Zeitvorgaben.

Wie lassen sich die Zielsetzungen der Resolution als politische Querschnittsaufgabe besser mit den Maßnahmen der Krisenprävention, der Konfliktbearbeitung und der Friedenskonsolidierung verzahnen?

Frauen- und Gender-Themen sollen endlich systematisch in den nationalen Aktionsplan zur zivilen Konfliktprävention integriert werden. Das gesamte Themenfeld fristet darin ein vernachlässigtes Dasein.

In einem nationalen Aktionsplan müssen die Bedeutung der Querschnittsaufgaben herausgearbeitet werden, dies mit Beratungen von mm und anderen Frauen-NGOs wie dem dt. Frauensicherheitsrat. Obligatorische Gender-Trainings zu Krieg, Frieden, Nachkriegsgesellschaften mit Fokus auf gbv und militarisierte Männlichkeit müssen für alle, die in Einsätzen militärisch oder zivil tätig sind zum Standard werden (GTZ, DED, EED, Weltfriedensdienstmitarbeiter, peace brigades Aktivisten, etc. zivik und ZIF). Auch hierzu das Wissen der Frauen-NGOs nutzen.

Welche Elemente sollte ein nationaler deutscher Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 enthalten und was können spezifische deutsche Beiträge zur Umsetzung im Rahmen der Vereinten Nationen wie auch der Europäischen Union sein?

Aus bisherigen Erfahrungen und kritisch, konstruktiven Vorschlägen von Frauenorganisationen aus Nachkriegsländern, von hiesigen Frauen-NGOs wie mm, von Netzwerken auf EU Ebene, u.a. EPLO lernen. Konstruktive Auseinandersetzung mit nationalen Aktionsplänen in europäischen Nachbarländern und deren Erfahrungen damit. Differenzierte Auseinandersetzung mit UN Prozess, deren Indikatoren, den konstruktiven Vorschlägen von Frauen-NGOs wie der NGO Working Group on Women, Peace, Security auf UN Ebene. Wissenschaftliche Expertise berücksichtigen. Nicht am Punkt Null anfangen und das Rad neu erfinden. Berücksichtigung des 10 Punkte Plans von EPLO und der Indikatoren des UN Sicherheitsrats.

Berücksichtigung des Gender-Aktionsplans des BMZ, darin Frauenförderung, Gender-Ansätze und Abbau militarisierter Männlichkeit. Damit könnte die dt. Regierung anfangen u. ein Zeichen setzen.

Gender im umfassenden Sinn verstehen, damit auch weniger sexualisierte Übergriffe durch Bundeswehrsoldaten (Balkan!), zivile Friedensstifter, humanitäre Helfer. Vorbildfunktion der Deutschen u.a. Friedenskräfte.

Welche Bedeutung hat im Sinne der Resolution 1325 die Zusammenarbeit zwischen multinationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und wie kann diese sowohl auf nationaler, europäischer wie auch internationaler Ebene verbessert werden?

Kohärenz schaffen, die hohe Priorität der UN-Resolution 1325 anerkennen, den politischen Willen beweisen, dass man das Thema ernst nimmt. High Ranking Personal mit Aufgaben zur Implementierung u. zum Monitoring beauftragen. Dem Thema mindestens ebenso viel Bedeutung beimessen wie dem Anti-Terrorkampf. Women, Peace, Security gehört ins Zentrum der politischen Agenda. Die konkreten und konstruktiven Vorschläge von Frauen-NGOs und Netzwerken ernst nehmen sie beobachten seit Jahren die gesamte Entwicklung in einzelnen Ländern und auf EU Ebene. Ihre Schattenberichte lesen und ihre Kritik als Motivation zur Verbesserung auffassen. Austausch zwischen/mit Task Forces auf UN-Ebene, EU-Ebene fördern, politische einflussreiche Task Force in Deutschland institutionalisieren, die mit anderen Ebenen (EU/UN) verknüpft ist und die Frauen-NGO-Vertreterinnen integriert.

Welche Schlussfolgerungen sind im Bereich der Vorbereitung und Ausbildung von in Friedensmissionen tätigen Fachkräften zu erkennen und wie können Defizite beseitigt werden? Worauf müsste gerade bei Polizeieinheiten mehr Wert gelegt werden?

Siehe oben: Obligatorische Gender-Trainings zu Krieg, Frieden, Nachkriegsgesellschaften mit Fokus auf gbv und militarisierte Männlichkeit (u. deren Folgen). Zero-Toleranz gegen über sex. Fehlverhalten sollte Ausbildungsinhalt sein, auch unter Berücksichtigung der negativen Folgen für die Frauen, Mädchen, Männer der lokalen Gesellschaften. Gender Mainstreaming, Schutz vor sex. Übergriffen sollte in Mandate der Friedensmissionen (UN, EU) systematisch integriert werden, um die friedenspolitische Bedeutung dieser Aufgaben zu betonen. Dazu ist mehr Personal und Geld notwendig. Es sollte einen regelmäßigen Austausch mit der Zivilgesellschaft geben, vor allem mit unabhängigen Frauenorganisationen.

Wie erklären Sie nach 10 Jahren 1325 und der 50% Quote zur Besetzung von Positionen und Ämtern bei UN-Friedens- und Konflikt beendenden Prozessen die geringfügige Integration von Frauen auf allen Ebenen? Welche Mechanismen wären zusätzlich nötig, um die 50-50 Quote zu realisieren?

Nötig ist hier in erster Linie eine grundlegende Einstellungsveränderung von Politikern und Militärs in Führungspositionen. Male-bounding, männliche Seilschaften und männlich dominierte, auf Exklusion von Frauen abzielende Hierarchien auf unterschiedlichen Ebenen müssen überwunden werden. Zudem müssen politische Entscheidungsträgern, die Weichen für die Personalpolitik stellen, unbedingt für mehr Verständnis des politischen Gewichts / der friedens- und sicherheitspolitischen Bedeutung der UN Res. 1325 (u. der Problemkontexte Frauen-Friedens-Sicherheit) gewonnen werden.

Mit welchen Maßnahmen kann insbesondere in Afrika die Implementierung der Resolutionen 1325 und 1820 besser gefördert werden?

Systematische Zusammenarbeit mit Frauen-NGOs und Netzwerken von Friedensaktivistinnen. Auf diese Weise kann auch eine Stärkung und verbesserter Schutz der Friedensaktivistinnen erreicht werden. Kooperationen mit Männerorganisationen, die sich explizit als feministische Change Agents verstehen – wenn das Frauenorganisationen lokal wünschen. Anerkennung und Förderung afrikanischer Friedens-/Gender-Forscherinnen, Stärkung ihrer Expertise – auch das ist

wichtig für den Aufbau geschlechtergerechter NGOs, Bildungsinstitutionen und die Achtung lokaler Positionen und Kenntnisse. Solche Ansätze verhindern Eurozentrismus.

Strafrechtliche Verfolgung sexualisierter Kriegs- und Nachkriegsgewalt. Unabhängige, nicht-korrupte und gender-bewußte Justiz fördern, systematische und kontinuierliche Aus- und Fortbildungen von Justizpersonal, Justiz in ländlichen Gebieten zugänglich machen, damit wird auch ein Beitrag zum Aufbau von Rechtsstaatlichkeit geleistet (das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit war vielerorts eine Kriegsursache)

SSR (Sicherheitssektorreform) nach gender Kriterien gestalten.

Kriegsgeprägte Männlichkeit verändern, neue Konfliktlösungsmöglichkeiten und neue Männlichkeitsbilder verbreiten.

Deutschland könnte sich im Rahmen des UN-Sicherheitsrats für die systematische Verbesserung der strafrechtlichen Verfolgung von Vergewaltigern einsetzen (lokale/nationale Justiz) und UN-Blauhelmsoldaten, die in Afrika Mädchen/Frauen missbraucht haben. Die Strafprozesse in ihren Herkunftsländern sollten in Monitoring und Evaluierungsprozesse von UN-Peacekeeping Einsätzen systematisch integriert werden. Das wäre wichtig, um die Forderungen nach Gerechtigkeit in den lokalen Gesellschaften, z.B. im Ost-Kongo, zu erfüllen.

Teil 2: Fragen der Fraktion DIE LINKE

Wie schätzen Sie die Auswirkungen militärischer Interventionen wie in Afghanistan auf die Situation auf Frauen und Mädchen in den betroffenen Regionen ein?

Die Auswirkungen hängen sehr stark davon ab, wie das Militär agiert. Wenn es ignorant und kultur-unsensibel vorgeht und wenn es aktiv Krieg führt, sind die Auswirkungen verheerend für die gesamte Bevölkerung und insbesondere für Frauen und Mädchen. Neben dem Verlust der Lebensgrundlagen, die die gesamte Bevölkerung betreffen, werden Frauen und Mädchen durch die verschlechterte Sicherheitslage noch stärker als sonst dazu verbannt, im Haus zu bleiben, und sind zunehmender häuslicher Gewalt (Verrohung, Frustration der Männer) ausgesetzt. Wenn die Männer der Familie getötet werden, sind Frauen und Mädchen Armut und Hunger ausgesetzt, bis hin zur Überlebens-Prostitution, um sich und ihre Angehörigen zu ernähren.

Sehen Sie eine Gefahr, dass die Resolution 1325 zur Legitimation für Militärinterventionen genutzt wird?

Die Gefahr besteht natürlich immer, so wie auch generell ‚Frauenrechte‘ zur Legitimation der Intervention in Afghanistan genutzt wurden. Ähnlich wie bei der Responsibility to Protect ist Missbrauch aus militärstrategischem Kalkül nicht ausgeschlossen.

Zu konstatieren sind zudem selektive Interpretationen der Resolutionsinhalte durch die Bundeswehr: Wir erhöhen die Soldatinnen-Quote, dann werden die Einsätze effektiver, freundlicher gegenüber der Bevölkerung im Zielland, „Unsere Soldaten“ werden weniger angespuckt oder angepöbelt und die Bundeswehreinheiten können ihre Aufträge besser erfüllen – Hausdurchsuchungen von potenziellen Islamisten etc. Diesen Tendenzen muss bei der Bundeswehrreform Einhalt geboten und gegengesteuert werden.

An den Strukturen und Hierarchien der Bundeswehr, an der Verquickung von Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit ändert sich nichts, männliche Generäle bestimmen weiterhin, wo es lang geht, wer Freund u. Feind ist und wie Soldatinnen sich an die militärische Institution anpassen sollen.

Bundeswehr/NATO u. 1325-Nutzung: Frauen der lokalen Gesellschaft werden nicht besser geschützt, gewaltbereite Männer nicht sanktioniert, keine Prävention durch Deeskalation kriegerischer Männlichkeit.

Wie schätzen Sie die Notwendigkeit ziviler Krisenprävention und ziviler Projekte für den Schutz von Frauen und Mädchen ein?

Wir sehen zivile Krisenprävention und Aufbau von Zivilgesellschaft **als Schlüssel** und einzige Möglichkeit an, für eine Lösung des Konfliktes, ohne dass Frauenrechte kompromittiert werden. Für Afghanistan gilt, dass die derzeitigen Bestrebungen nach einer politischen Lösung fast unter völligem Ausschluss der Zivilgesellschaft geführt werden und so unvermeidlich zu einer Beschneidung der bereits auf dem Papier erreichten Rechte für Frauen führen. Die Zivilgesellschaft in Afghanistan ist noch zu schwach, um wirkungsvoll für ihre Interessen eintreten zu können, ohne finanzielle und politische Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

Doch da, wo die Internationale Gemeinschaft interveniert, brauchen auch die zivilen Fachkräfte (Frauen und Männer) besseres Gender-Training. Gender, sowie insbesondere sexualisierte Kriegsgewalt in Nachkriegskontexten muss noch stärker konzeptionell in Aktionspläne und Leitlinien eingebunden werden, und zwar als Querschnittsthema. Eine Gesellschaft ist nicht befriedet, wenn es mehr massive Gewalt gegen Frauen und Mädchen gibt. Die Reduzierung von

ethnisch, nationalistisch und religiös bedingter Gewalt ist wichtig – die Aktivitäten sollten aber nicht genderblind erfolgen, das geschieht aber immer wieder durch den deutschen zivilen Friedensdienst. Auch Peace brigades sind bislang oft vor ihrer Ausreise nicht mit den Themen Gender und Schutz der Frauen/Menschenrechtsverteidigerinnen vor sexualisierten Übergriffen vertraut.

In welchem Bereich sind aus Ihrer Sicht zivile Projekte am wichtigsten, um den Schutz von Frauen und Mädchen in Krisengebieten langfristig zu sichern?

Für Afghanistan: Gesundheitsfürsorge, wirtschaftlicher Aufbau (Arbeitsplätze für Männer und Frauen), Aufbau des Justizsektors, Korruptionsbekämpfung, Staatsaufbau (gute Regierungsführung), Bildung, progressive Medienarbeit.
Generell: Konkrete Zusammenarbeit mit Frauen-NGOs vor Ort, systematische Gender-Trainings von Polizei und Justiz, Korruptionsbekämpfung, SSR (Haltung von Militär, Polizei dringend sensibilisieren), innovative Projekte, um kriegerische Männlichkeit zu überwinden, auch in Partnerorganisationen. GBV auf die politische Agenda heben, als integralen Bestandteil von nachhaltiger Friedenssicherung vermitteln. Verurteilung sex. Kriegsgewalt/Nachkriegsgewalt durch zivilgesellschaftliche Organisationen, Empathie mit den Opfern/Überlebenden. Arbeit mit LehrerInnen, JournalistInnen, religiösen und traditionellen Autoritäten.

Was kann unternommen werden, um den Aspekt der Prävention gewaltsamer Konfliktaustragung der Resolution 1325 zu stärken?

Hier beispielhaft die aktuellen Empfehlungen der AWN (Afghan Women Network) Konferenz:

An die afgh Regierung:

1. Formulation of public awareness programs that focuses on the objectives of the High Peace Council and overall peace processes within Kabul and all provinces for all Afghan citizens
2. Inclusion of at least 30% of women in various leading seats within the High Peace Council/Committees over all processes in Kabul and Provinces
3. Investment on development programs at the central and provincial level to capacitate the role of women at the area of leadership as well as inclusion of them in the peace process as peace ambassadors and symbols
4. Formulation of mechanisms for sharing important information regarding peace processes to Afghan women regularly within Afghanistan centrally as well as provincially to ensure transparency in the peace process
5. Inclusion of concepts of peace, unity and human security within the educational curriculums (Schools/ Universities)
6. Securing security and establishment of vindicatory bodies for the women involved in the peace reconstruction processes
7. Practical proceedings for fighting against unapproved cultural and traditional views that prevent women's participation in the peace processes

an die internationale Gemeinschaft:

1. Investment and promotion of programs to build the capacity of Afghan women on the monitoring of the peace processes in Afghanistan
2. Support to the program lead by Civil Society Organizations and Women's Groups on monitoring the participation of women in the peace processes
3. Support to the Civil Society Advocacy related programs for empowering women in the leadership levels within the peace processes

4. Provision of training opportunities for Afghan women through exchange programs with CSOs of the neighboring and post conflict countries for sharing of experiences on the peace building processes
5. Establishment of International Monitoring Mechanisms on peace processes in Afghanistan

Generell:

Akteure für Präventionsprogramme: Medien, politische Machthaber, religiöse u. traditionelle Autoritäten, einflussreiche Männer, Lehrer, Jugendarbeit

Männer und Männerorganisationen, die als change agents profeministische Arbeit leisten und mit lokalen Frauenorganisationen kooperieren.

Strafrechtliche Verfolgung sexualisierter Kriegsgewalt/Nachkriegsgewalt/ gender-Vorkriegsgewalt. Strafrechtliche Verfolgung von sex. Missbrauch und Gewaltübergriffen durch deutsche Entwicklungshelfer. Unterbindung des internationalen Frauen- und Mädchenhandels, des Waffen- und insbesondere des Kleinwaffensexports deutscher Rüstungsunternehmen in instabile Staaten (Deutschland als Rüstungsexporteur u.a. von SIPRI (Schweden) u. den dt. Kirchen kritisiert). Die Kleinwaffen werden gegen Frauen und Mädchen eingesetzt und fördern die Militarisierung von Männlichkeit, u.a. bei jungen Männern.

Wie beurteilen Sie mit Blick auf die Resolution 1325 die von Minister Niebel von den Hilfsorganisationen geforderte engere Kooperation mit der Bundeswehr?

Wir fordern dringend eine Weiterbildung der Bundeswehr zu den Themen von 1325. Eine engere Kooperation würde nur Sinn machen, wenn dies berücksichtigt ist und der Vorrang der militärischen Strategie durch die Bundesregierung nicht mehr gegeben ist (auch in der Umsetzung, nicht nur theoretisch). Ansonsten ist die geforderte engere Kooperation mit grossen Problemen behaftet und wird so ja auch von dem grössten Teil der deutschen NGOs abgelehnt, s. auch dem VENRO-Strategiepapier, welches von medica mondiale mitgetragen wird.

Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit eines eigenen Nationalen Aktionsplans (NAP) für die Bundesrepublik Deutschland?

Sehr wichtig, unabdingbar, um endlich eine kohärente und systematische Implementierung von 1325 zu gewährleisten. Von EU, UN gefordert auch mit Blick auf dt. Sitz in UN-Sicherheitsrat. Von Partnerländern (Liberia, Uganda) verlangt, Länder/Frauenorg. im Süden sind teilweise schon weiter. Bieten sogar ihre Beratungen an, u.a. ISIS Uganda. (Siehe S. 5 im Dokument)

Wie bewerten Sie die Kriterien von EPLO (European Peacebuilding Liaison Office) für die Erstellung eines NAP?

Die Kriterien sind sehr wichtig und beinhalten viele konstruktive und konkrete Vorschläge. Frauen-NGOs sollten systematisch konsultiert werden bei der Erstellung und beim Monitoring. (Siehe S. 5+6 im Dokument)

Wie kann Ihrer Meinung nach eine erfolgreiche Implementierung des NAPs gewährleistet werden?

Indem Frauen-NGOs konsultiert werden bei der Erstellung und beim Monitoring bzw. der Evaluierung. Beachtung der UN Indikatoren, der EPLO Kriterien und Berücksichtigung kriegsgeprägter Männlichkeit. Rückkopplungen mit europ. NGOs und Frauenorg. in Nachkriegsländern.

Teil 3: Fragen der CDU/CSU Fraktion

Wie sind die Massenvergewaltigungen im Ostteil der Demokratischen Republik Kongo hinsichtlich des 10-jährigen Jubiläums der VN-Resolution 1325 zu beurteilen, insbesondere vor dem Hintergrund der Betrachtung der Massenvergewaltigung als Kriegsverbrechen?

Die UN ist verpflichtet, weiter starken Druck auf die kongolesische Regierung auszuüben, damit die Täter wirklich strafrechtlich verfolgt werden. Auch das ICC sollte weiter aktiv werden, wenn die kongolesische Regierung nicht willens oder unfähig ist, die Täter zu verfolgen und zu verurteilen. Die strafrechtlichen Verfolgung sollten sowohl die Vergewaltigungen einbeziehen, die unter 1325 als Kriegsstrategie fallen, als auch solche, bei denen die Täter andere Motive hatten.

In the MAP for October 2010, the NGOWG had several recommendations for the Security Council on the current situation in the DRC: The continuing sexual and gender-based crimes perpetrated in the DRC, including attacks in the Walikale region, necessitate clear, strong action to ensure that the UN's Mission, MONUSCO, fulfills its protection mandate. This is a priority given the joint DRC Government-UN assessment now underway to determine next steps regarding a possible MONUSCO drawdown, an update on which is due in October. In addition, efforts must be redoubled to combat the widespread impunity for gender and other crimes.

<http://www.womenpeacesecurity.org/rapid-response/drc/>

DRC: Mass rape highlights failures in protection and justice August 2010 *Amnesty International*
Amnesty International is appalled at the latest reports of the mass rape and other sexual violence committed in the Walikale region of North Kivu between 30 July and 2 August. According to the United Nations, more than 150 civilians in 13 villages were raped by members of armed groups, including the Democratic Liberation Forces of Rwanda (FDLR). Reports indicate that the rape was organized and systematic. Amnesty International is calling for the government of the Democratic Republic of the Congo (DRC) and the United Nations to make every effort to provide the survivors, witnesses and their communities with immediate medical and psychological treatment. Evidence, including witness testimonies, should be gathered and preserved, in order to facilitate bringing the perpetrators to justice.

<http://www.womenpeacesecurity.org/rapid-response/drc/>

http://www.amnesty.org.uk/news_details.asp?NewsID=18968

Tackling Impunity in Congo: Meaningful Follow-up to the UN Mapping Report
October 2010 *Human Rights Watch* On October 1, 2010, the United Nations' Office of the High Commissioner for Human Rights (UNHCHR) released a comprehensive mapping report ("UN mapping report") documenting grave human rights violation that occurred between 1993 and 2003 in the Democratic Republic of the Congo (DRC). It is the first time that these crimes, perpetrated by a variety of actors, have been comprehensively analyzed, compiled, and systematically organized in an official United Nations (UN) report. The report is a powerful reminder of the gravity of the crimes committed in Congo and of the shocking absence of justice. If followed up by strong action nationally and internationally, the report could make a critical contribution to ending impunity and breaking the cycle of violence in Congo and the wider Great Lakes region.

<http://www.womenpeacesecurity.org/rapid-response/drc/>

<http://www.hrw.org/node/93228>

<http://www.un.org/News/Press/docs//2010/sc10055.doc.htm>

LESEN SIE DAZU BITTE AUCH: **RECENT ARRESTS IN MASS RAPE CASES IN DEMOCRATIC REPUBLIC OF CONGO:** [HTTP://WWW.UN.ORG/NEWS/PRESS/DOCS//2010/SC10055.DOC.HTM](http://www.un.org/news/press/docs//2010/sc10055.doc.htm)

Der zweite und der dritte Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ erwähnen ausdrücklich die Einbeziehung der Leitlinien der VN-Resolutionen 1325 und 1820. Inwieweit lässt sich auf deutscher Ebene die Frauenförderung, nicht nur auf der

Projektebene, sondern auch im Organisationsbereich der Träger der zivilen Krisenprävention, beispielsweise in der Personalpolitik, nachvollziehen?

Die Umsetzung von 1325 darf sich aber nicht auf die Frauenquote bei den zivilen Fachkräften beschränken. Damit würde das Thema wieder in die Frauenecke abgeschoben und die Männer in den Chefsesseln könnten sich ruhig zurücklehnen u. mit ihrem „business as usual“ fortfahren, weil sie meinen, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Sprich: Sie delegieren Gender an Frauen u. ignorieren weiterhin die große friedenspolitische Bedeutung des Themas. Die Ausreisenden (also alle, Frauen u. Männer) bekommen allgemeine Gender-Trainings von unterschiedlicher Qualität u. oft nicht transparenten Inhalten (solche Trainings sollten sie zumindest offiziell bekommen). Es gibt aber keine verbindliche Gender-Trainings, die auf die Einsätze in Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften vorbereiten. So reisen viele vollkommen gender-blind aus, sehen nicht, wie gefährdet Friedensaktivistinnen sind. Leider wollen auch viele nicht wahrhaben, dass folgende Einstellung den betroffenen Frauen und Mädchen, ihrer eigenen Arbeit, dem Ansehen der deutschen EZ und deren Friedensbemühungen sehr schadet: „Liebschaften sind meine Freizeitbeschäftigung, was ich am Wochenende mache, geht meine Partnerorganisation u. die Zentrale zu Hause nichts an“. (nebenbei ist HIV für manche die Quittung für ihre exotisch-erotischen „Abenteuer“.) Weil solche Einstellungen sehr verbreitet sind, hat Oxfam verbindliche Richtlinien für zivile Fachkräfte erlassen, welche sich die deutschen Entsendeorganisationen zum Vorbild nehmen könnten. Maskulinität und männliches Sexualverhalten der zivilen Friedensfachkräfte gehört auf die (personal)politische Agenda! Zu den Vergewaltigern u. denjenigen, die Minderjährige und erwachsene Frauen sexuell ausbeuten, zählen nicht nur die Blauhelmsoldaten! Zero Tolerance für sexualisierten Machtmissbrauch sollte auch für deutsche zivile Friedenskräfte gelten.

Siehe hierzu die Stellungnahme der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (S.5 unten bis S.6 oben): http://www.dgvn.de/uploads/media/Stillschweigender_Abschied_vom_Aktionsplan_Zivile_Krisenpr%C3%A4sentation_-_Stellungnahme.pdf (Kritik am 3. Umsetzungsbericht)

<http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file1135.pdf> (Hier ist auch der Umsetzungsbericht genderblind, was ein Licht wirft auf die ExpertInnen, die für zivile Konfliktbearbeitung Berater/innen sind)

Wir verweisen außerdem auf die wichtigen Schattenberichte des Frauensicherheitsrats:

<http://www.gwi-boell.de/web/frauensicherheitsrat.html>

http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_2/Schattenbericht.pdf

http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_2/Schattenbericht_2008_endfassung.pdf

Anhand welcher Indikatoren lässt sich die Implikation der UN-Resolution 1325 auf der Ebene der Vereinten Nationen selbst, insbesondere innerhalb der Ausführungsorgane der VN wie das United Nations Development Programme, nachweisen?

Siehe dazu im Attachment Gender Mainstreaming Richtlinien und Evaluierungen einzelner UN-Organisationen. Je nach Organisation sind die sehr unterschiedlich. Also Homogenisierung innerhalb der UN wäre wünschenswert, soweit das angesichts der unterschiedlichen Aufgaben möglich ist.

Zum Indikatorenkatalog des UN Generalsekretärs vom 6.4.2010 (Dok. S/2010/173) lesen Sie bitte die Antwort auf Seite 2 dieses Dokuments.

Wie lässt sich allgemein das Erreichen der Ziele der UN-Resolution 1325 nach zehnjährigem Bestand beurteilen?

Sehr gemischte Bilanz, für viele Frauenorganisationen in Nachkriegsgesellschaften ist die Resolution ein wichtiges Instrument für ihre politische Lobbyarbeit, um ihre neuen Regierungen zur strafrechtlichen Aufarbeitung sexualisierter Kriegsgewalt und zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der jeweiligen SSR und in der Nachkriegspolitik zu zwingen. Damit tragen sie maßgeblich zur Befriedung ihrer Gesellschaften und zur Demokratisierung bei (Zivilgesellschaft als watchdog gegenüber früheren Warlords, Militärs und Kriegstreibern, die nun Ministerämter besetzen und die vom Krieg profitiert haben).

National u. international: eine grosse Chance, sexualisierte Gewalt als Kriegsverbrechen zu verfolgen, Frauen in Nachkriegsgesellschaften zu stärken und Geschlechtergerechtigkeit einzuführen. Gefahr: Polarisierung von Gender-Dichotomien: Die friedlichen Frauen, die Männer als Killer. Friedenspotenziale von Männern und militarisierte Männlichkeit werden nicht ausreichend beachtet. Die Überwindung kriegerischer Männlichkeit ist ebenfalls ein Desiderat in der Resolution. Auch die Kriegsprävention und Prävention sexualisierter Gewalt durch gewaltfreie Männlichkeitsbilder sollte beachtet werden, wie notwendig das ist, zeigen Forschungen aus Ex-Jugoslawien, Afrika, Asien, Lateinamerika (vor allem von einheimischen Wissenschaftlerinnen und Friedens/Gender-Expertinnen). Da müssten die Inhalte der Resolution ergänzt werden. Das wäre eine sinnvolle Aufgabe für die deutsche Präsenz im UN Sicherheitsrat!

Welchen Eingang findet die UN-Resolution 1325 global gesehen in nationale Aktionspläne der jeweiligen Regierungen der Mitgliedsländer der UN?

Weltweit hat die Resolution auf nationaler Ebene noch immer viel zu wenig Bedeutung. Wenn es nationale Aktionspläne gibt, sind die für die dortigen Frauenorganisationen wichtig, sie bilden eine bedeutende Plattform für deren friedens-, frauen- und rechtspolitische Lobbyarbeit – u. leisten damit Beiträge zur Demokratisierung u. zum Aufbau von Rechtsstaatlichkeit unter Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit (beispielsweise bei der Polizei-, Justiz-, Militärreform). Das Monitoring u. die Evaluierung der Umsetzung sind wichtig, das Schreiben von Schattenbereichten zu den offiziellen Berichten. Mit der Verabschiedung eines nat. Aktionsplans allein ist es jedoch nicht getan, es kommt auf den politischen Willen zur systematischen Umsetzung und Institutionalisierung an.

Deutschland sollte mit gutem Vorbild voranschreiten, das erwarten die UN, die EU und das erwarten Partnerländer in Afrika, Asien, Lateinamerika.

Deutschland: Bundeswehrreform: 1325 nat. Aktionsplan wäre wichtig, damit nicht die falschen Weichen gestellt werden und damit die neuen Rekruten (unterschiedlicher Herkunft u. ideologischer Position) Geschlechtergerechtigkeit als Teil internationaler Verpflichtungen u. Teil ihres Auftrags kennen lernen.

Kritisch zur Umsetzung von 1325 in nationalen Aktionsplänen und deren oft mangelhafte Umsetzung: EPLO für Europa und NGO Working Group on Women, War, Peace and Security für die UN und die UN Mitgliedstaaten.

Im Dezember 2010

Dr. Monika Hauser

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Gründerin von *medica mondiale* e.V.
Trägerin des Alternativen Nobelpreises 2008

medica mondiale e.V.
Hülchrather Str. 4
50670 Köln
0221/931898-0
info@medicamondiale.org
www.medicamondiale.org